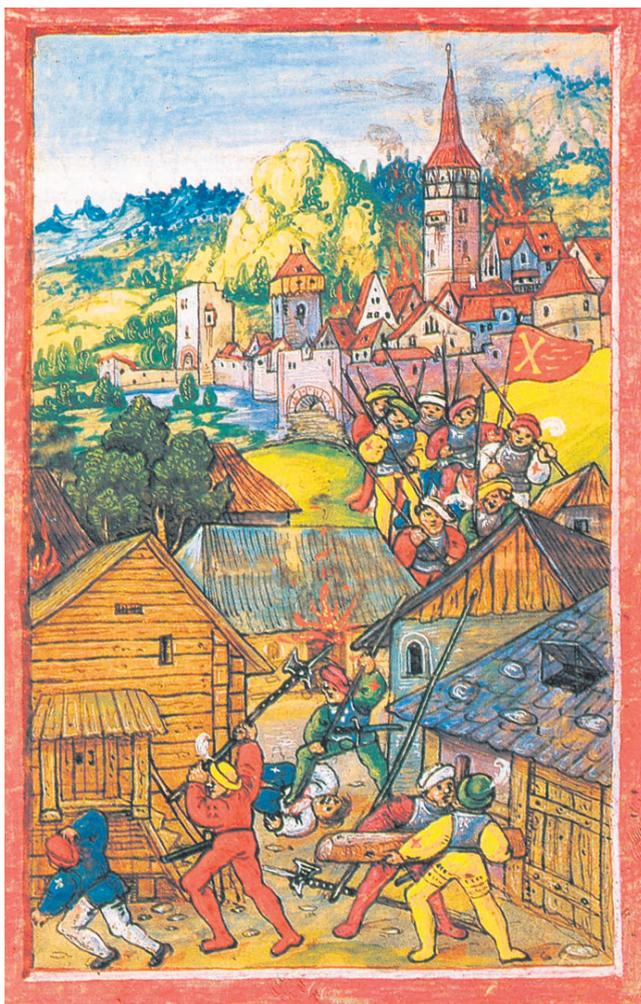


Vom Streit um Rheinauen zum blutigen Krieg und Absolutismus

FL-Institut Im zweiten Teil der Reihe «Nachbarschaft am Alpenrhein» wurde die geschichtliche Vortragsreihe unserer Region fortgesetzt: Gestern standen Staatsformen und Rechtsstreitigkeiten bis hin zu blutigen Konflikten der frühen Neuzeit im Fokus.

VON HANNES MATT

Heute stellt der Rhein die klare Trennung zwischen Schweiz und Liechtenstein. Zu Beginn des Mittelalters war dies noch anders, erst im Verlauf der Zeit entwickelte sich der Alpenrhein zu einer herrschaftlichen Grenze - insbesondere durch die Aufteilung der angesiedelten Grafschaften, wie Publizist Heinz Gabathuler als erster Referent des Abends ausführte. Und erst um das Jahr 1350 stellte der Rhein eine durchgehende politisch administrative Grenze von Salez bis Bad Ragaz dar. Bis zur frühen Neuzeit übte jedoch nur die linksrheinische Seite Herrschaft über den Fluss und damit auch über die Fischerei sowie den Fährbetrieb aus. Jedoch tangierten die Herrschaftsgrenzen nicht die Nutzungsrechte in den für die Bevölkerung wichtigen Rheinauen und Wuhren zur Schaffung von nutzbarem Boden. Das führte zu grösseren Streitereien - am Beispiel von Buchs und Schaan dauerten diese rund 40 Jahre. Es gab in der Folge Auseinandersetzungen mit Verwundeten und die Sache landete zwischenzeitlich sogar beim Kaiser. Waren erst eine Grube sowie ein Nuss- und Birnbaum für die Grenze verantwortlich, wurde der Konflikt erst 1495 durch Grenzsteine gelöst. «Diese Auseinandersetzung zeigt, welch grosse Bedeutung die Rheinauen für die beiden Nachbarn innehatte», so Gabathuler.



Was ist wirklich passiert? Schwäbische Bundesknechte überfallen 1499 das Städtchen Maienfeld - gezeichnet vom Chronisten Diebold Schilling dem Jüngeren. (Bild: Luzerner Bilderchronik)

Haus Brandis im Schwabenkrieg

Im chronologischen Anschluss wagte Historiker Claudius Gurt einen Blick auf die Freiherren von Brandis - Inhaber der Grafschaft Vaduz und der Herrschaften Schellenberg, Blumenegg und Maienfeld -, die Ende des 15. Jahrhunderts im Schwabenkrieg zwischen die Fronten der Habsburger (mit dem Schwäbischen Bund) und den Eidgenossen gerieten - ein schwieriges Thema aufgrund der lauen Quellenlage. «Für meinen Darstellungsversuch war ich auf Chroniken angewiesen», betonte Gurt zu Anfang. «Also eine keinesfalls objektive, im besten Fall zeitgenössische Berichterstattung - Übertreibungen und Anpassungen der jeweiligen Obrigkeiten natürlich immer begriffen.» Die Freiherren von Brandis waren während des Schwabenkriegs an mehreren Brennpunkten gefordert: Etwa die Übergabe von Maienfeld an die Schwäbischen Bundestruppen im Februar 1499. Diese wird von Chro-

nisten zum einen als Gewaltakt mit samt Blutbad an der Garnison, zum anderen als geordnete Übernahme beschrieben. Welcher Überlieferung soll man nun Glauben schenken? Eine eindeutige Entscheidung ist schwierig - Skepsis immer angebracht, so Claudius Gurt. Dennoch fasst er das Verhalten der Brandiser zusammen: «Auf welche Karte hätten die Freiherren denn setzen sollen - auf die Eidgenossen oder den Schwäbischen Bund? Beziehungen hatten sie zu beiden Lagern.» Ihr auf den ersten Blick zwiespältiges Verhalten könne entweder als «kompromissbereit» oder zu ihren Ungunsten als «gewissenloses Lavieren» gedeutet werden. «Das macht wiederum deutlich: Die Freiherren hätten in diesem Krieg keine Erfolgversprechende Strategie einschlagen können - mit welcher Absicht auch immer diese passierte.»

Absolute Herrschaften im Vergleich

Zugutertritt verglich der ehemalige Landesarchivar und Historiker Paul

Vogt die beiden absolutistischen Herrschaften in Werdenberg und Liechtenstein im Spätmittelalter - und förderte in seinen Thesen zahlreiche Gemeinsamkeiten zutage, obwohl die Schweizer Seite mit dem Stand Glarus als höchste Gewalt - im Gegensatz zum monarchischen Fürsten in Liechtenstein - republikanisch geprägt war: «Der absolutistische Anspruch war bei beiden identisch - es wäre ein krasser Trugschluss, dass die linksrheinische Herrschaft aus Freiheitsgründen ihre Untertanen besser behandelt hätte.»

Auch fand der Erwerb der Grafschaften nicht aus wirtschaftlichen Gründen statt, sondern galt als Prestigesache: Während Glarus den Erwerb von Werdenberg als Aufwertung der Position unter den eidgenössischen Orten verstand, war für den Fürsten die Aufnahme in den Reichsfürstenstand entscheidend. Geld spielte dabei keine Rolle: So bezahlte das Fürstenhaus eine «ungeheure Summe», die in keiner Relation zu den Einnah-

men der Grafschaften Vaduz und Schellenberg stand. Eine am Gemeinwohl orientierte Modernisierung, etwa im Rechts- oder Bildungswesen, blieb ebenfalls aus. Es stand nur die Absicherung der Herrschaft im Vordergrund - mit schlankem Staat. Korrupte Beamte prägten das Bild auf beiden Seiten: In Werdenberg stammten diese aus dem ortsfremden Glarus, in Liechtenstein aus dem südwestdeutschen Raum. Gesichert wurde die Herrschaft über das Volk durch fremde und lokale Truppen oder deren Einsatzandrohung. «Waren denn die einen aufmüpfiger als die anderen?», fragte ein Zuhörer. Während die Werdenberger gleich zu Beginn rebelliert haben, blieben die Liechtensteiner ruhiger, so Paul Vogt und zog die Lacher zum Schluss noch auf seine Seite: «Diese sind nämlich von Natur aus gute Untertanen.»

Die Themen der Vortragsreihe werden ausführlich in den Jahrbüchern des Historischen Vereins und der Historisch-Heimatkundlichen Vereinigung der Region Werdenberg behandelt.



Publizist Heinz Gabathuler aus Oberschan.



Historiker Claudius Gurt aus Zollikon.



Historiker Paul Vogt aus Balzers. (Fotos: PT)